

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1912)
Heft: 3-4

Artikel: Pazifistische Rundschau
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-877368>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Pazifistische Rundschau.

Von Konrad Schulthess, Zürich.

Bekanntlich hat sich in den Vereinigten Staaten seitens deutscher und irischer Eingewanderter die denkbar heftigste und schärfste Opposition erhoben gegen den Abschluss allgemeiner Schiedsgerichtsverträge mit England und Frankreich. Der Regierung, und natürlich vor allem Präsident Taft, wird der schwere Vorwurf gemacht, in Tat und Wahrheit handle es sich dabei nur um ein mehr oder weniger geschickt verschleiertes Bündnis, das sich gegen niemand anders als das Deutsche Reich richte. Auch eine gewisse deutsche Presse hatte nichts eiligeres zu tun, als diese ungerechten Behauptungen nachzudrucken und mit den widerlichsten Angriffen und Schimpfreden gegen die amerikanische Regierung und Taft zu kommentieren. Das, obgleich durch die Tatsachen das Widersinnige und Ungerechte dieser Anschuldigungen unzweideutig erwiesen ist. Denn Tatsache ist, dass Präsident Taft schon mehrmals in der wärmsten und aufrichtigsten Weise, die sich überhaupt denken lässt, dem Wunsche Ausdruck gegeben hat, Deutschland möglichst bald in der Reihe der vertragschliessenden Staaten begrüßen zu können. Noch mehr. Es ist Tatsache, dass sogar der Staatssekretär Knox und der deutsche Botschafter Graf Bernstorff miteinander über einen solchen Vertrag verhandelt haben. Neuerdings fordert zu unserer Freude auch das „Berliner Tageblatt“ die Regierung nachdrücklichst dazu auf, möglichst bald der Einladung und dem Wunsche Tafts entgegenzukommen. Und wodurch könnte das Deutsche Reich seinen Friedenswillen besser bekunden, wodurch sein Ansehen in der Welt mehr festigen und erhöhen, als durch den Abschluss eines allgemeinen Schiedsgerichtsvertrages mit den Vereinigten Staaten!

* * *

Im Haag wurde am 23. Januar durch die bevollmächtigten Vertreter von zwölf Staaten die internationale Opiumkonvention unterzeichnet, die 25 Artikel enthält, und an der nachbenannte Staaten beteiligt sind: Deutsches Reich, die Vereinigten Staaten, China, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan, die Niederlande, Persien, Portugal, Russland und Siam.

* * *

Auch von einer andern Konferenz können wir noch berichten. Am 15. Januar ist nämlich in Christiania die internationale Spitzbergenkonferenz zusammengetreten, um über das Schicksal des zukunftsreichen Polarlandes zu entscheiden, das schon viele grosse wirtschaftliche Unternehmungen, aber noch keinen Herrn und keine Gesetze besitzt. Die Verhandlungen der Delegierten Norwegens, Schwedens und Russlands über diese Frage, die unter dem Vorsitze des norwegischen Abgeordneten Hagerup stattfanden, sind unterdessen zu einem vorläufigen Abschlusse gelangt, die Ergebnisse aber noch nicht bekannt gegeben worden. Unter allen Umständen aber ist es begrüßenswert und verdient vollste Anerkennung, dass man auf solche Weise etwaigen Interessenkonflikten vorzubeugen und wichtige internationale Fragen beizeiten auf friedlichem Wege zu lösen bemüht ist.

* * *

„Die Volksschule in Frankreich hat neue Atlasse erhalten“, meldet die Zeitung. Ach was, das ist uns doch schnuppe. Was schert uns die Verfügung, die

eine französische oder sonst eine beliebige Schulbehörde trifft. Das hat doch keine weltbewegende, weltgeschichtliche Bedeutung. Man langweile uns nicht mit derartigen Banalitäten. Und doch — die kleine, scheinbar so nichtssagende Notiz hat die Runde durch die gesamte Presse gemacht und — was wichtiger ist — hat Beachtung gefunden, ja vielleicht gar ein klein wenig Aufsehen erregt. Denn, wie wir gleich sehen werden, entbehrt diese Neuerung im französischen Schulwesen nicht eines gewissen — politischen Beigeschmacks. Seit vierzig Jahren nämlich, also seit dem deutsch-französischen Kriege, trugen die Landkarten und Atlasse der Volksschule in Frankreich das besondere Merkmal, dass Elsass-Lothringen sowohl vom deutschen als vom französischen Gebiet durch eine schwarze Schraffierung unterschieden wurde. Und nun, endlich, nach vierzig langen Jahren wird der Trauerflor abgestreift, und jedes Land erhält seine wahren Grenzen. Es ist demnach diese anscheinend so unbedeutende Aenderung auch wieder ein Zeichen von friedlicher Gesinnung. Ein Symptom dafür, dass man in Frankreich auch offiziell daran geht, den Revanchegeanken zu — begraben. Gewiss, sie ist kaum mehr als ein Symptom, aber das immerhin, und verdient es gewiss, erwähnt zu werden.

* * *

Wir haben glücklich wieder einmal einen nicht unbedenklichen internationalen Konflikt hinter uns. Frankreich und Italien sind ziemlich hart aneinander geraten. Italien hat kurz nacheinander drei französische Dampfer beschlagnahmt, die Ausschiffung von 29 türkischen Passagieren, angeblichen Offizieren, erzwungen und bei diesen Kaperungen teilweise sogar Waffengewalt angewandt. Das bruske Vorgehen der Italiener entfachte einen wahren Entzündungssturm in Frankreich. Vergessen waren plötzlich die gemeinsamen Bande der Sprache und Abstammung, vergessen die überaus freundschaftlichen Beziehungen zu der Schwesternation. Die französische Presse schrie nach Rache, nach Repressalien, ja gar von Abbruch der diplomatischen Verhandlungen, von einer Flottendemonstration an der italienischen Küste, u. dgl. m., wurde gesprochen. Einzig die sozialistische „Humanité“ machte den Entzündungsrummel nicht mit, sondern mahnte zur Ruhe und Besonnenheit und forderte, allein von allen französischen Blättern, die schiedsgerichtliche Erledigung der Angelegenheit. Und dazu haben sich die beiden Regierungen schliesslich auch verstanden. Allerdings, es ging ein bisschen lange, bis die Diplomaten die passende „Formel“ fanden, auf Grund welcher sie sich bereit erklärten, den Streitfall dem Haager Schiedsgerichtshof zur Entscheidung zu unterbreiten. Und dass sich die beiden Nationen zu dieser einzig würdigen Lösung des Konfliktes entschliessen konnten, ist am Ende doch die Hauptsache.

Nicht uninteressant ist auch, was der „Radical“ im Anschluss an den französisch-italienischen Konflikt, und zwar in einem nicht unterschriebenen, und daher vermutlich halbamtlichen Artikel schreibt.

„Die jüngsten Zwischenfälle, die Frankreich und England beunruhigten, die Kaperung französischer und englischer Schiffe durch die italienische Flotte, bereiten einen Umschwung der öffentlichen Meinung zugunsten der Türken vor. Es ist nun Sache der letztern, sich vernünftig zu zeigen, indem sie Europa zur Schiedsrichterin ihres guten Willens machen. Die Türken würden dadurch Italien zwingen, Friedensverhandlungen zu versuchen. Nachdem Deutschland und Frankreich in diesem Sommer gezeigt haben, dass sie dem Weltfrieden Opfer zu bringen wissen, könnte andere europäische Mächte, ohne sich etwas zu vergeben, ähnliche Opfer zugestehen.“

Darnach haben wohl England und Frankreich im Sinne, einen Druck auf Italien auszuüben und es zu einem baldigen Friedensschlusse zu zwingen. Ob dem so ist und besonders auch, wie dies geschehen soll, werden wir ja in Kürze sehen.

* * *

Die Ereignisse des vorigen Sommers haben zum Teil recht unerfreuliche Folgen gezeitigt, die sich bereits unliebsam bemerkbar machen. Im Norden und Süden, im Osten und in der Mitte, kurz, fast an allen Ecken und Enden unseres alten Kontinents ertönt der Ruf nach Vermehrung, nach Verstärkung von Heer und Flotte. Eine geradezu unglaubliche Nervosität hat sich der Regierungen wie weiter Bevölkerungskreise bemächtigt. Vernunft und ruhige Ueberlegung scheinen verschwunden zu sein. Ein eigentliches Rüstungsfieber grassiert in Europa. Aber ist es nicht, wie wenn ein Sterbender verzweifelte Anstrengungen macht, sich am Leben zu erhalten? Liegt nicht der „bewaffnete Frieden“ in den letzten Zügen? Ja. Er hat sich überlebt, er verzehrt sich selbst und da will er noch einmal einen Versuch machen, seine Daseinsberechtigung, seine Lebensfähigkeit zu behaupten. Umsonst. Es ist nur eine letzte, verzweifelte Kraftanstrengung, ein letztes Aufflackern... Dann liegt er da. Und mit Macht dringt die neue Zeit herein, die der Menschheit erst den wahren, sichern Frieden bringen wird, der nicht auf den schwanken Pfeilern der Bajonette und Kanonen, sondern auf dem festen Fundament einer allgemeinen, einer internationalen Rechtsordnung beruhen wird.

* * *

Auch unsere kleine Schweiz scheint von dem erwähnten Rüstungsfieber gepackt worden zu sein, tritt das Militärdepartement doch auf einmal wieder mit einer Millionenvorlage vor die Bundesversammlung. Für nicht weniger als 28 Millionen Franken sollen wieder neue Geschütze (teilweise allerdings Ersatzstücke), neue Maschinengewehre und weiss der Himmel noch was für Herrlichkeiten angeschafft werden. Und dies, obwohl in der Dezembersession unserer beiden Parlamente so beweglich über die Finanznöte des Bundes in allen Tonarten geklagt und gejammert wurde, obwohl mit tödlicher Sicherheit nachgewiesen wurde, dass man sich nach neuen Geldquellen umsehe. Ja, woher hat man nun auf einmal das nötige Kleingeld für diese „Kleinigkeiten“? Hat man auch vergessen, wie hoch und heilig man schwur, zu sparen, hat man vergessen, dass man die Militärausgaben auf das Allernotwendigste beschränken werde. (Natürlich, man wird erklären, die neuen Forderungen seien unumgänglich notwendig und eigentlich wäre noch viel, viel mehr erforderlich als dies, aber man wolle sparen usw., wie es ja so gäng und gäbe ist. Man kennt das nachgerade zur Genüge.) Oder soll das etwa die Antwort auf die Abrüstungsrede des Herrn Naine sein? Fast scheint es, als ob der Bundesrat den Streichungsvorschlägen am Militärbudget seitens des Neuenburger Antimilitaristen ein „Nun werden wir erst recht viel für das Militär fordern!“ entgegensetzen wollte. Also ein bisschen „Leidwerkerei“. Nicht? Aber dieser Spass wird Mutter Helvetia wieder ziemlich kosten, und das Schweizervolk könnte da mal unversehens einen Riegel vorschieben, denn ich glaube nicht, dass man unter „sparen“ dies versteht im Volke.

Da könnte unser Herr Kriegsminister mal zu den Amerikanern in die Schule gehen und von ihnen lernen, was unter sparen zu verstehen ist. Dort haben nämlich die demokratischen Mitglieder des

Repräsentantenhauses in Washington eine Versammlung abgehalten und sich, gemäss dem Sparprogramms der demokratischen Partei, gegen jede Flottenvermehrung während der jetzigen Parlamentssession ausgesprochen. Dadurch wird das Programm von zwei Schlachtschiffen im Jahre, das von den Republikanern seit der Präsidentschaft Roosevelts stets eingehalten worden war, durchbrochen. Das nennt man drüben „sparen“, Herr Kriegsminister! Und was in der grossen nordamerikanischen Republik möglich ist, das sollte bei uns unmöglich sein?!

* * *

Zu den wenigen Regierungen, die den gegenwärtigen Rüstungsrummel nicht mitmachen, gehört die schwedische. Ja sie ist direkt als verteidigungsfeindlich hingestellt worden von einigen Parlamentariern, weil sie den vom vorigen Reichstage beschlossenen Bau eines Panzerschiffes nicht ausgeführt habe. Der Minister des Aeussern, Graf Ehrensvärd, trat diesen ungerechtfertigten Vorwürfen entgegen und hob in seiner Verteidigungsrede u. a. hervor, dass alle Regierungen ihr Aeusserstes tun, um einen Krieg zu vermeiden, der in der Gegenwart mit einem Selbstmorde Europas gleichbedeutend sein würde. Er sei keiner von denen, die da glauben, dass die sympathischen und beherzigenswerten Friedensbestrebungen schon ihr Ziel erreicht hätten. Er sei sich daher völlig bewusst, dass Schweden eine wirksame Verteidigung besitzen müsse, aber die Verteidigungsfrage müsse mit ruhigem Blute gelöst werden.

Wenn alle Minister des Aeussern so dächten über die Friedensbestrebungen und wenn sie alle doch mit ruhigem Blute die Verteidigungsfragen ihres Landes lösen wollten, statt sich von dem Toben der Rüstungsfanatiker und Chauvinisten beeinflussen zu lassen!

— o —

Englisch-deutsche Annäherungsbestrebungen.

Die Bestrebungen, ein freundschaftlicheres Verhältnis mit Deutschland herbeizuführen, nehmen in England einen erfreulichen Fortgang. Ja, sie scheinen geradezu einen ausgedehnten Umfang anzunehmen, in alle Schichten der englischen Bevölkerung zu dringen, von den Lords bis hinab zum einfachen Arbeiter, Regierung, Geistlichkeit und die grosse Masse des Volks, alles, alles scheint von dem einen Wunsche beseelt zu sein, bessere Beziehungen mit dem deutschen Nachbar und Vetter anzubahnen. Und an der Aufrichtigkeit dieses Wunsches, dieser Gesinnung, dürfen wir keinen Augenblick zweifeln. Von der Friedensliebe des englischen Volkes, und insbesondere seiner freundschaftlichen Gefühle gegenüber der deutschen Nation, können wir tagtäglich Zeuge sein. Zahllos sind die Veranstaltungen, in denen dem lebhaften Wunsch nach einer deutsch-englischen Verständigung Ausdruck verliehen wird, und muss es an dieser Stelle genügen, einige wenige den bereits gemeldeten hinzuzufügen.

Der „National Peace Council“ in London bildet den Mittelpunkt aller Bestrebungen, die auf die Förderung einer englisch-deutschen Verständigung gerichtet sind. Wie bereits mitgeteilt wurde, hat er eine Umfrage an sämtliche Handelskammern mit dem denkbar vorzüglichsten Erfolg gerichtet. Nunmehr soll auf seine Veranlassung in diesem Monat zu London ein Kongress stattfinden, an dem die Vertreter aller jener Körperschaften beider Länder teilnehmen